



HESSISCHER LANDTAG

17.11.2003

Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004)

Drucksache 16/834

- Einzelplan 03 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 74 Polizeipräsidium Frankfurt

Zu Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen
und Beamten
- Laufende Zahlungen -

Der Ansatz von 116.343.000 € wird um
755.400 € auf 115.587.600 € verringert.

Der Stellenplan 2004 wird wie folgt
geändert:

Es werden umgesetzt nach Titel 425 01 und
umgewandelt:

1 Planstelle	A 6 Sekretär/in
1,5 Planstellen	A 7 Obersekretär/in
83 Planstellen	A 9 Polizei-/Kriminal- kommissar/in
1 Planstelle	A 9 Inspektor/in
1 Planstelle	A 10 Oberinspektor/in

Es werden umgewandelt:

2 Planstellen	A 10 Oberinspektor/in in A 10 Polizei-/Kriminal- oberkommissar/in
---------------	---

Begründung:

Durch Maßnahmen der (Plan-) Stellenbewirtschaftung sind eine Reihe von (Plan-)Stellen zum Teil schon seit über 10 Jahren entgegen der vorgesehenen Laufbahn oder Beschäftigtengruppe besetzt. Um den Grundsätzen einer klaren Haushaltsführung Rechnung zu tragen sind die Stellenpläne und -übersichten an die tatsächliche (Plan-) Stellenbesetzung anzupassen und – soweit die tatsächliche (Plan-)Stellenbesetzung nicht bereits in die im Jahr 1999 erfolgte

dezentrale Veranschlagung der
Personalausgaben eingeflossen ist – die
entsprechenden Mittelumsetzungen
vorzunehmen.

Wiesbaden, 14. November 2003

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau)